****

**Konservativismus**

**Ein Leitbegriff in Zeiten neuer politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen**

*Warum es wichtig ist, dass die CDU ihr inhaltliches Profil schärft*

Leitantrag an den Schleswig-Holstein-Rat am 26. November 2016 in Bad Malente

**Einleitung**

Das lateinische Wort *conservare* bedeutet in etwa „erhalten, bewahren“ oder auch „etwas in seinem Zusammenhang erhalten“. Neben dem Liberalismus und dem Sozialismus stellt der Konservativismus eine drei bedeutenden politischen Anschauungen dar. Der Konservativismus als politische Strömung hebt dabei die Stärken der Tradition hervor und stützt sich auf seine drei zentralen Prinzipien der Identität, Sicherheit und Kontinuität.

Die CDU sieht sich seit jeher als eine Partei konservativer Prägung an; neben dem christlichen Wertefundament basiert der Erfolg unserer Mutterpartei ganz maßgeblich darauf - im Sinne der eigentlichen Idee konservativer Politik - Gutes und Richtiges zu bewahren, gewachsene Überzeugungen nicht unbedacht aufzugeben und sich im Wissen um die eigenen Stärken neuen Herausforderungen zu stellen.

Jedoch fühlt sich die Kernwählerschaft teilweise aufgrund des Umgangs mit Krisen wie z.B. Finanz- oder Flüchtlingskriese von der CDU in ihren konservativen Leitlinien nicht vertreten .

Der Anspruch einer Volkspartei muss sein, dem Wähler gerade in politisch turbulenten Zeiten die Sicherheit zu geben, die richtigen Antworten auf die gestellten Fragen zu haben und sich nicht auf dem bereits Erreichten auszuruhen. Die Lösung kann hierbei nie politische Beliebigkeit lauten. Die Christlich Demokratische Union orientiert sich dabei an christlich-humanitären Werten und
befindet sich im Parteienspektrum Mitte/ Mitterechts.

Das folgende Papier soll Denkanstöße liefern, wie der Leitbegriff „Konservativismus“ mit Leben gefüllt werden kann und welche politischen Antworten sich auf die aktuellen Herausforderungen in den Feldern der Wirtschafts- und Innenpolitik, sowie der ungeklärten Frage der Integration der vielen zu uns gekommenen und kommende Menschen finden lassen.

**Innere Sicherheit – Kernaufgabe des Staates**

Die Anschläge in Ansbach und Würzburg haben die latente Gefahr des Terror wieder stärker in das deutsche Gedächtnis gerufen. Es heißt nicht mehr: Das könnte auch bei uns passieren. Stattdessen muss es nun lauten: Es passiert bei uns. Glücklicherweise können wir neben unserem eigenen Geheimdienst auch auf die Unterstützung von unseren Freunden und Verbündeten bauen, die uns tatkräftig bei der Enttarnung von Attentätern helfen. Die Informationsweitergabe muss dabei untereinander weiter intensiviert werden, damit die Gefahren noch schneller erkannt werden. Dabei spielt vor allem die Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten den Vereinigten Staaten und Israel, eine besondere Rolle. Terror macht nicht vor Staatsgrenzen halt. Daher sollte der Austausch von relevanten Informationen auch nicht vor Bündnisgrenzen halt machen.
Hauptpartner ist und bleibt aber die USA im Austasch von Informationen. Dies muss trotz der NSA-Affäre so bleiben. Eine Stärkung unserer Terrorbekämpfung ist essentiell um der Lage Herr zu werden. Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt dabei ausdrücklich die Pläne der Bundesregierung, das Kontingent der Sicherheitskräfte um 4300 Mitarbeiter aufzustocken.

Sicherheit begrenzt sich aber nicht nur auf die Terrorbekämpfung. Die Einbruchszahlen steigen bundesweit rasant an. Die Aufklärungsraten bewegen sich im Bereich kaum messbarer Werte. Zwar wird die Zahl der Polizeibeamten erhöht, doch haben die Sparmaßnahmen der letzten Jahre massive Spuren insbesondere im ländlichen Raum hinterlassen. Viele kleine Dienststellen wurden geschlossen und die Unsicherheit der ländlichen Bewohner wurde verstärkt. Gerade wir als Union mit einer starken ländlichen Wählerschaft sollten uns daher im Besonderen dafür einsetzen, dass beim Wiederaufbau der Polizeikräfte der ländliche Raum verstärkt berücksichtigt wird und gegebenenfalls kleine Polizeistationen wieder eröffnet werden.
Bei ihren Raubzügen machen sich Diebesbanden auch das deutsche Rechtssystem zunutze. Es wird bewusst die Strafmündigkeit, die erst ab 14 beginnt ausgenutzt, indem man 12- und 13- jährige als Täter instrumentalisiert. Die Junge Union Schleswig-Holsteins fordert eine strenge Bestrafung der Hintermänner, die die Minderjährigen als Werkzeug für ihre Taten ausnutzen. Wer Kinder zu Straftätern erzieht und sie für seine Taten ausnutzt, zeigt ein deutliches Fehlverhalten und Missachtung gegenüber unseren Rechtsstaat. Zudem muss zukünftig das Jugendstrafrecht wieder konsequent zur Geltung kommen. Sanktionsmöglichkeiten müssen auch im Jugendstrafrecht wieder voll angewendet werden. Falsche Zurückhaltung aus vermeintlich pädagogischen Gründen ist fehl am Platz und führt regelmäßig nicht zur Besserung. Für Kinder, die unter 14 Jahren, aber über 12 Jahren eine Straftat begehen, müssen zudem pädagogische Erziehungsmaßnahmen außerhalb des Sanktionsrechts eingeführt werden. Die Rechte der Jugendämter und weiterer Behörden sind dabei zu stärken.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

* Ausbau der inländische Terrorabwehr
* Verbesserung der geheimdienstlichen Zusammenarbeit in den bestehenden Bündnissen.
* Erhöhung der Personalstärke bei der Polizei
* Stärkung der Polizeipräsenz im ländlichen Raum
* Konsequente Anwendung des Jugendstrafrechts und Einführung pädagogischer Erziehungsmaßnahmen für Täter unter 14 Jahren.

**Integration – „So schaffen wir Das“**

Wir schaffen Das bezeichnet nicht nur die Leitlinien der CDU in
der Flüchtlingspolitik sondern steht auch für die großen Herausforderungen bei Integration der
Flüchtlinge. Als Partei der Mitte ist es unsere Aufgabe einen Gegenpol zu der
realitätsverweigernden Multikulti-Programmatik des linken Mainstreams und der identitären
Bestrebungen der Rechtspopulisten zu bilden. Es somit Auftrag der CDU die Sorgen der Bürger
ernst zu nehmen und eine ehrliche Debatte über Integration zu führen. Wir schaffen Das darf nicht
als alleinstehender Satz für die Flüchtlingspolitik des letzten Jahres, sondern für das
Integrationskonzept der CDU stehen. Wir brauchen Integrations- und Sprachkurse für alle, wir
müssen unser Bildungssystem und unseren Arbeitsmarkt für anerkannte Flüchtlinge öffnen. So
sollten z.B. Berufsschulen für Flüchtlinge bis zum 25. Lebensjahr zugänglich sein und
Jugendmigrationsdienste für die anstehenden Aufgaben finanziell ausgestattet werden. Zu einer
ehrlichen Debatte gehört auch, dass die Integration der Flüchtlinge unsere Gesellschaft sehr viel
Geld kosten wird.

Deutschland geht es so gut wie nie. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir uns auf den
Errungenschaften der Vergangenheit ausruhen dürfen. Wir suchen Antworten auf aktuelle
Herausforderung und stellen zukunftsgerichtete Konzepte auf und kümmern uns um die Sorgen
der Bürger. Hierbei orientieren wir uns auch an humanitären Werten, wie man an unserer
Flüchtlingspolitik erkennen kann.

Die wohl drängendste Frage ist diejenige nach den Leitlinien gelungener Integration. Deutschland als reichstes und wirtschaftsstärkstes Land im Europa sollte gemeinsam mit Europäischen Union Lösungen für die Bekämpfung der Flüchtlingsbewegung finden.

Als wirtschaftsstärkstes und reichstes Land Europas ist es in unsere Verantwortung, anerkannten Flüchtlingen ein Integrationsangebot zu unterbreiten. Aus dem Angebot entsteht allerdings auch die Pflicht der Flüchtlinge, entsprechende Leistungen wahrzunehmen. Es ist hierbei unumgänglich, dass die CDU für sich den Auftrag in Anspruch nimmt, zu definieren, was in unserem Land als selbstverständlich gilt. An uns als einzig verbliebene Volkspartei liegt es, einen Leitfaden zur Integration für diejenigen aufzustellen, die unsere Hilfe in Anspruch nehmen. Hierbei gilt es auch herauszustellen, dass es eine staatliche Aufgabe ist, die nationale Identität zu wahren und zu schützen.

Jeder Flüchtling oder Einwanderer ist verpflichtet, sich zur Werte- und Verfassungsordnung des Grundgesetzes zu bekennen, denn das Grundrecht auf Asyl und schon gar nicht das nicht existierende Recht auf Zuwanderung und stehen keinesfalls über anderen Grundrechten, sowie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Zu den unumstößlichen Werteentscheidungen gehören hierbei nicht zuletzt die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die gelebte Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Auffassungen, der Vorrang, dass der Staat ein uneingeschränktes Gewaltmonopol besitzt vor der Selbstjustiz im Namen der Familienehre und die Freiheit des Individuums sowie die Ausgestaltung von Minderheitenrechten.

Grundlage jeder Debatte in der Integrationspolitik muss sein, dass das deutsche Grundgesetz über jeder religiösen oder politischen Weltanschauung steht. Dies liegt eben auch daran, dass der Islam als Weltanschauung einer Idee unterliegt, die den Glauben über die Gebote der Wissenschaft stellt und das der Islam sich nicht damit begnügt, Glaubensbekenntnis zu sein, sondern sich als Gegenentwurf zu unserer freiheitlichen Lebensweise präsentiert. Hieraus ergibt sich die wichtige Erkenntnis, dass die vom Islam vorgegebenen Werte sich zu oft als Integrationshemmnis darstellen, auf welches es Antworten zu finden gilt. Viele gut integrierte Muslime sind zu Recht Teil der deutschen Gesellschaft. Das Fundament der deutschen Gesellschaft bildet das Christentum und christliche Werte

In Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia. Der Staat muss mit aller Härte gegen Personen vorgehen, welche im Namen Allahs als Scharia-Polizei auftreten und das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen. Ebenso muss der Staat gegen Selbstjustiz vorgehen. Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe kann nur gelingen, wenn das Entstehen von Parallel- bzw. Kontragesellschaften rigoros unterbunden wird.

Toleranz gegenüber Migranten kann weiterhin nur dann Bestand haben, wenn Geschehnisse, wie die der Silvesternacht in Köln bis ins Detail strafrechtlich aufgeklärt werden. Linke Verdrängungsrhetorik ist hier fehl am Platz. Zudem sollte es der CDU daran gelegen sein, eine ehrliche Kriminalitätsdebatte darüber anzustoßen, ob, welche und zu welchem Anteil Straftaten durch Flüchtlinge sowie Menschen mit Migrationshintergrund begangen werden. Diese Debatte ist allein deshalb notwendig, weil vermehrt Gerüchte über geschönte Statistiken auftauchen. Der CDU muss daran gelegen sein, den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen und das Vertrauen in den deutschen Staat wiederherzustellen.

Es sollte weiterhin zum Selbstverständnis einer christlichen Partei gehören, einen Diskurs darüber zu führen, ob es eines Vorrangs für Zuwanderer aus christlich-abendländischem Kulturkreis bedarf. Ein Staat müsse selbst entscheiden können, wen er aufnimmt – dieses Recht gebührt nicht den Migranten.

Der Gesellschaft muss klar gemacht werden, wie die Integration gelingen kann und was die Konsequenzen verweigerter Integration sind. Hierzu gehört eine effektive Abschiebung von integrationsunwilligen und straffälligen Flüchtlingen und Einwanderern, soweit dies innerhalb der gegebenenfalls rechtlich anzupassenden Grenzen möglich ist. Unabdingbar ist auch die Kürzung staatlicher Leistungen; insoweit gilt das Prinzip des Förderns und Forderns.

Neben der Integration, von dessen Erfolg auch die Stabilität unserer Gesellschaft abhängt, muss von Anfang an und auch weiterhin klar gemacht werden, dass ein Asylrecht kein dauerhaftes Bleiberecht beinhaltet. Wer als Flüchtling nach Deutschland kommt, genießt Schutz. Zur Bedingung dieses Schutzes gehört auch, dass wenn die bewaffneten Konflikte vor Ort beendet sind, eine Rückkehr kein freiwilliges Mittel, sondern eine Voraussetzung für eine Gastfreundschaft in der Gegenwart ist. Am Ende des Syrienkrieges werden nur ganz wenige, gut integrierte und beschäftigte Flüchtlinge hier bleiben können. Der Großteil der Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive wird zurückgeführt werden müssen. Das bestehende Asylgesetz wollen wir beibehalten.

Deutschland ist ein freiheitliches Land; hierzu gehört aber eben auch, dass sich niemand in der Öffentlichkeit verschleiern darf. Kommunikation im öffentlichen Leben ist maßgeblich davon geprägt, die Identität des Gegenübers wahrnehmen zu können. Religionsfreiheit findet insoweit ihre Grenze in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die CDU muss sich als Vorreiter einer gesellschaftlichen Debatte sehen. Nur wenn Probleme mit aller Deutlichkeit aufgezeigt werden, wird es gelingen, ein Gegengewicht zu derjenigen Politik zu setzen, die versucht, mit Ressentiments auf Stimmenfang zu gehen.

Nur mit diesem hohen Anspruch an Zuwanderer kann die Integration und damit das gedeihliche Zusammenleben gesichert werden. Es liegt an der CDU, diesen Prozess mitzugestalten und sich ihres konservativen Wertefundaments zu bewahren. Mangelnder Gestaltungswille, sowie die Vernachlässigung der Sorgen der Bürger wird ansonsten auch weiterhin zu einem Erstarken rechter Parteien, sowie in einem zunehmenden Bedeutungsverlust der eigenen Partei resultieren.

 Wer nämlich die Maxime vertritt, dass die Flüchtlingskrise Deutschland verändern werde, der hat das Zepter des Handelns schon aus der Hand gegeben und macht es sich auf der Hängematte des Abwartens bequem. Der Anspruch einer konservativen Volkspartei muss klar umrissen sein: Deutschland muss Deutschland bleiben.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

* eine ehrliche Diskussion über den Islam in Deutschland und
Europa und den Schutz der nationalen Identität zu führen .
* eine ernsthafte und ungeschönt Auseinandersetzung mit den formulierten Problemen und Ängsten der Bürger
* eine bessere Aufklärung der Bürger über die Flüchtlingssituation in Deutschland
* sollten es die Umstände erfordern, erneut eine Diskussion über eine Flüchtlingsobergrenze zu betreiben
* Einführung eines Verschleierungsverbots an öffentlichen Plätzen nach französischem und belgischem Vorbild
* Schnellere und einfachere Ausweisung straffälliger und integrationsunwilliger gewordener Flüchtlinge
* Ein klares Bekenntnis zum integrationspolitischen Prinzips des Förderns und Forderns
* Die christlich-abendländische Kultur sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Maximen der Integrationspolitik benennen

**Christliche Wurzeln leben**

Genauso wie wir Anforderungen an andere stellen, die Teil unserer Gesellschaft werden wollen, müssen wir uns auch selbst fragen, ob wir die Herkunft unserer Kultur und gesellschaftlichen Prägung ausreichend verteidigen. Dies gilt gerade für den christlichen Teil unserer kulturellen Identität. Die Kirchen leiden unter massiven Mitgliederschwund und immer weniger Menschen finden an einem Sonntag den Weg in die Kirchen. Dennoch ist der christliche Glaube und die Kirche als Institution neben der christlichen Wertevorstellung eine wichtige Klammerfunktion in unserer Gesellschaft, die es zu erhalten gilt.
Religionsfreiheit bedeutet auch, dass sich jeder selbst für oder gegen eine Mitgliedschaft in einer Kirche entscheiden kann. Dennoch wünscht sich die Junge Union Schleswig-Holstein auch weiterhin starke Kirchen und sichtbare Zeichen, dass wir in einem Land mit christlicher Prägung leben. Dies beginnt für uns auch bei scheinbar banalen Dingen. Der Weihnachtsmarkt soll auch weiterhin Weihnachtsmarkt heißen und nicht durch falsch verstandene Toleranz in Wintermarkt umbenannt werden. Wir wünschen uns, dass Kinder mit den christlichen Feiertagen etwas anfangen können und wissen, warum wir Pfingsten, Ostern und Weihnachten feiern. Zur Ehrlichkeit gehört dabei auch dazu, dass die Kirchen in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig getan haben, um Menschen für ihre Sache zu gewinnen und klar öffentlich Stellung zu beziehen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

* einen Gottesbezug in die Präambel der schleswig-holsteinischen Landesverfassung nach dem Vorbild des Grundgesetzes zu integrieren
den Erhalt von christlichen Feiertagen sowie den Erhalt und Schutz von „stillen Feiertagen"
* eine weitere Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage und regelmäßige
* Überprüfung der bestehenden Regeln
* konfessionsgebundenen Religionsunterricht an Schulen

**Wirtschaftspolitik – Mehr Markt, weniger Staat**

Eine gesunde Wirtschaft stellt das Rückgrat eines funktionierenden Staates dar. Die soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard hat die Bundesrepublik Deutschland essentiell geprägt und gilt auch heute noch als die Grundkonstante christlich-demokratischer Politik. Die Wirtschaft dient dem Menschen und nicht der Mensch der Wirtschaft. Dies ist Ausdruck unserer Überzeugung von Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität eines Jeden. Im Grundsatz ist daher der Staat nicht die treibende Kraft der Wirtschaftspolitik – es sind die Bürgerinnen und Bürger.

Die Aufgabe des Staates ist es, für stabile Rahmenbedingungen zu sorgen sowie eine langfristige Verlässlichkeit zu bewahren. Wirtschaft kann sich dabei nur von selbst entfalten. Eine restriktive Wirtschaftspolitik des Staates lehnen wir deshalb konsequent ab.

Nichtsdestotrotz ist in diesem Rahmen auch entsprechend seitens des Staates zu reagieren, wenn der Markt instabil wird. Klientelpolitik darf hierbei allerdings Entscheidungen zugunsten der Marktstabilität nicht beeinflussen, wie es immer häufiger der Fall zu werden droht. Der Staat muss aus dem Hintergrund seine Handlungsmaximen überdenken.

Die Regulierungspolitik ist ein notwendiges Instrument, sie darf allerdings nicht dafür sorgen, dass Impulse in Bürokratie erstickt werden. Hier besteht in der Bundesrepublik akuter Handlungsbedarf. Wir drohen das wirtschaftliche Potenzial der bürgerlichen Mitte zu verlieren. Der Umfang an realitätsfernen Verordnungen zu Lasten lösungsorientierter Prozesse ist inzwischen nicht mehr greifbar. Ebenso werden viel zu oft Unternehmer von Gesellschaft und Politik auf subtile Art und Weise stigmatisiert.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

* Ein Ende der exzessiven Regulierungs- und Bürokratisierungspolitik von Arbeits- und Wirtschaftsministerium
* Entbürokratisierung der Unternehmensgründungsverfahren
* Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen durch ein Ende der sozialdemokratischen „Abschröpfungspolitik“
* Eine ehrliche Diskussion über das Scheitern und Wiederaufstehen in der deutschen Wirtschaft

**Haushaltspolitik – Mehr als nur eine schwarze Null“** Deutschland steht wirtschaftlich so gut wie lange nicht mehr da. Dies hat nicht nur Folgen für die Finanzen der Bürger, sondern auch auf den Staatshaushalt. Der Bundeshaushalt kommt nun zum vierten Mal in Folge ohne neue Schulden aus. Die schwarze Null gilt als ein wesentlicher Erfolg der aktuellen CDU-Regierung. Einen wesentlichen Grund daran liegt in dem aktuellen Wirtschaftswachstum. Es sorgt für immer mehr Steuereinnahmen. Doch konservative Haushaltspolitik muss weiter gehen als eine bloße schwarze Null. Ganz im Sinne des von der CDU in den 1960er Jahre verabschiedete Stabilitätsgesetz, müssen wir in Zeiten von Wirtschaftswachstum und wirtschaftlichen Wohlstand anfangen, Rückstände zu bilden und den Schuldenberg abzubauen. Gerade diese Rückstände sollen in wirtschaftlich schwachen Zeiten helfen, Konjunkturprogramme zu finanzieren und zur Vermeidung der Neuaufnahme von Krediten beitragen. Aktuell hat Deutschland das Potenzial Rückstände zu bilden. Doch sie werden nicht gebildet. Einen wesentlichen Beitrag daran hat, dass Zeiten von höheren Einnahmen genutzt werden, um teure Wahlgeschenke zu tätigen und die Sozialausgaben zu erhöhen. Es herrscht eine Mentalität des „Man hat es ja“. Dabei sind zahlreiche und jährlich neu auftauchende Sozialausgaben aus diesen Zeiten nicht zwingend notwendig. Zu einer konservativen Haushaltspolitik gehört daher zukünftig verstärkt darauf zu achten, ob wir tatsächlich Sozialausgaben tätigen müssen. Nur so können wir die Haushaltskonsolidierung mit Erfolg vorantreiben. Die Junge Union Schleswig-Holsteins fordert:

* Bildung von Rückständen und Schuldenabbau in Zeiten von Wirtschaftswachstum
* Verstärkte Überprüfung, ob Sozialausgaben tatsächlich notwendig sind

**Heimatliebe – gelebter Patriotismus**

Deutschland ist sich seiner historischen Verantwortung ohne jeden Zweifel bewusst. Dies bedeutet hingegen kein Verbot, auch die Leistungen des deutschen Volkes nach dem Zweiten Weltkrieg herauszustellen und stolz auf das Geleistete zu sein.

Während es in anderen Ländern zum guten politischen Ton gehört, seine Liebe zum Vaterland auszudrücken, fristet der Patriotismus in Deutschland seit ehedem ein anrüchiges, und mit Ressentiments hinterlegtes Nischendasein.

Gerade vor dem Hintergrund der freiheitlich-demokratischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte kann und muss ein gesundes Verhältnis zu Deutschland sein. Auf diese Erfolge kann zu Recht mit Stolz reagiert werden.

Auch die CDU muss die Heimatliebe wieder für sich entdecken und hieran ihr politisches Handeln ausrichten, denn nur dann wird es gelingen, auch in Zukunft ein Gegengewicht zu freiheitsfeindlichen und antidemokratischen Tendenzen sowohl aus dem linken als auch aus dem rechten Spektrum zu begegnen.

Den deutschfeindlichen Tendenzen, die sich als gerade innerhalb der Grünen Jugend, sowie vor allem der linksjugend [’solid] und der Partei Die LINKE bilden und dazu führen, dass deren Mitglieder sich die Abschaffung des deutschen Staates sowie ein Verbot von Nationalflaggen wünschen, muss deutlich Einhalt geboten werden.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

* Einen positiven ausgelebten Patriotismus

**Politische Handlungsoptionen eröffnen**

Nach jeder Landtagswahl wiederholt sich das ewig gleiche Mantra: Koalitionsgespräche werden mit jeder demokratischen Partei geführt – mit Ausnahme der AFD. Es wird der Schein erweckt, als sei die AFD nicht demokratisch legitimiert, als unterlägen die Wähler nur rechtem Gedankengut.

Die aktuelle Stärke der AFD hat ihre Wurzeln aber auch in der betriebenen Dämonisierung und Tabuisierung. Durch die Sozialdemokratisierung, die unsere Mutterpartei in den letzten Jahren erfahren hat, hat sich am konservativen Rand des Parteienspektrums ein Vakuum gebildet. Anstatt dieses wieder zu thematisch besetzen, wird gegen die einzige Partei, die neben der FDP aus dem sozialen Einerlei auszubrechen versucht, in scharfen Tönen gewettert und eine inhaltliche Auseinandersetzung konsequent vermieden. Wenn ein Parteifreund aufgrund eines AFD-freundlichen Likes auf Facebook nicht mehr Minister werden darf, dann grenzt dies an eine Form von Meinungsdiktatur, die in der CDU keinen Platz haben sollte.

Es täte unserer Partei hingegen gut, die AFD inhaltlich zu stellen und auch gemeinsame Schnittmengen zu finden. Es bedarf mehr politischer Flexibilität, als dem bloßen Wunsch, mit den Grünen koalieren zu wollen. Nur, wenn man dem Wähler eine echte Alternative anbietet, wird es gelingen, der zunehmenden Politikverdrossenheit und Gleichgültigkeit zu begegnen.

Die AFD ist sollte hierbei als ebenso möglicher Koalitionspartner angesehen werden und es sollte hierbei auch einen echten Kampf um die Wähler aus dem rechten Spektrum geben. Entgegen vieler Stimmen sollte es deshalb nicht das oberste Ziel sein, Stimmen am linken Rand zu gewinnen, sondern durch ein geschärftes konservatives Profil dem Wähler am rechten Rand wieder eine echte Heimat zu bieten.

Generell gilt aber, dass die CDU als größte und wichtigste Partei Deutschlands die politische Deutungshoheit zurückgewinnen muss. Es kann nicht angehen, dass eine Partei ohne Regierungsverantwortung mit teilweise populistischen und inhaltsleeren Thesen in den Augen vieler konservativer Wähler zu einer besseren Alternative als die CDU geworden ist.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

* ein Ende der politischen Tabuisierung der AFD sowie ein ernsthaft geführte inhaltliche Kontroverse
* Koalitionsgespräche mit der AFD nicht von vornherein und kategorisch abzulehnen, sondern allein von inhaltlichen Schnittmengen abhängig zu machen

**Fazit**

Deutschland befindet sich im Jahr 2016 in unruhigen politischen Gewässern. Schon Seneca wusste, dass für denjenigen, der den Hafen nicht kennt, kein Wind günstig sein wird.

Wenn wir uns als Volkspartei also nicht unseres Wertefundamentes und unserer politischen Leitlinien bewusst werden, wird es nicht gelingen, die richtigen Antworten auf drängende Fragen zu finden.

Angezeigt ist eine Rückbesinnung auf das, was die deutsche Nation in den letzten Jahrzehnten stark gemacht hat. Wenn es aber erklärtes Ziel der CDU bleibt, dem linken Mainstream nach dem Barte zu reden, sind die Tage als letzte verbliebene Volkspartei gezählt. Die CDU muss Antriebsmotor gesellschaftlicher Debatten sein. Was das Land will und in welche Richtung es steuert entscheidet nämlich nicht der „Refugee-Welcome-Klatscher“ am Bahnhof oder die linke Feministin bei Anne Will, sondern zuallererst das Volk und damit auch die letzte verbliebene Volkspartei. Dies kann und muss der Anspruch sein.

Konservativismus heißt, nicht rückwärtsgewandt zu sein, sondern gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten und daraus – zusammen mit liberalen und sozialen Positionen - die Handlungsmaximen für zukünftige Prozesse abzuleiten, ohne in blinden und voreiligen Aktionismus zu verfallen. Dann, aber auch nur dann wird unsere Partei auch in den nächsten Jahrzehnten das bleiben, was sie lange Zeit war: Der Erfolgsgarant für ein politischen und wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands.

Antragssteller:

*Leif Bodin, Jan-Hendrik Franßen, Denis Kaspras, Thorben Schütt*